

Sozialökonomische Entwicklungsperspektiven aus dem Blickwinkel der Lebenswelt

Von Peter Ulrich, Zürich

«Die Geschichte schreitet voran, indem sie das Thema wechselt Eines Tages wachen Menschen auf und bemerken, dass, was gestern wichtig war, was sie beschäftigte und zerstritt, nicht mehr dieselbe Bedeutung hat. Wir reiben uns die Augen und entdecken, dass wir das Problem, das uns in der letzten Nacht wachhielt, nicht dadurch lösen, dass wir noch mehr oder besseres dazu tun, sondern dadurch, dass wir uns einem anderen Problem zuwenden . . .»

Ralf Dahrendorf (1980, S. 26)

I. Die Herausforderung: «Themenwechsel» des Fortschritts

Ein epochaler «Themenwechsel», wie ihn Dahrendorf so anschaulich beschreibt, scheint heute bezüglich der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zeitfragen, die die öffentliche Diskussion oder zumindest nachdenkliche Zeitgenossen bewegen, in Gang zu kommen. Ursache dieses «Themenwechsels» ist nicht etwa nur die weltwirtschaftliche Rezession der Gegenwart – diese lässt eher die Symptome einer tiefer liegenden und umfassenderen Krise der modernen Industriegesellschaft und ihrer sozialökonomischen Fortschritts- und Ordnungskonzepte deutlicher hervortreten. Die Krise ist im Kern eine Krise des ökonomischen Rationalitätsverständnisses: sie hat zu tun mit dem Verlust des Vertrauens in das lebenspraktische Rationalitätspotential jenes industriegesellschaftlichen «Rationalisierungsprozesses», an den seit nunmehr 200 Jahren der Fortschrittsbegriff weitgehend geknüpft ist. Der fortschreitende historische Prozess der ökonomischen «Rationalisierung» scheint nämlich immer weniger zu halten, was der Begriff – beim Wort genommen – verspricht: *mehr Vernunft* in unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Praxis zu bringen. Die explosiv wachsenden – und ebenso explosiv ins Bewusstsein auch der saturiertesten Wohlstandsbürger eindringenden – ökologischen, sozialen und psychischen Kosten des wirtschaftlichen Fortschritts von der

¹ Die hier geäußerten Thesen gehen auf ein vom Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstütztes Projekt des Verfassers zurück.

Massenarbeitslosigkeit auch im OECD-Raum über die unkontrollierte Umweltzerstörung und die beängstigend zunehmenden Anzeichen des Sozialverfalls bis zum Hunger und Elend in der Dritten Welt belegen, dass die herrschenden Massstäbe ökonomischer Rationalität von ganzheitlichen Kriterien lebenspraktischer Vernunft in einem oft schon zynisch wirkenden Mass abgekoppelt sind.

Zynisch und weltfremd wäre es unter diesen Umständen auch, die aktuellen lebenspraktischen Herausforderungen der Zeit weiterhin leichtfertig als «*externe Effekte*» aus den ökonomischen Denkmodellen auszuklammern. Welch symptomatischer Begriff für eine Elfenbeinturm-geschädigte disziplinäre Scheuklappenoptik! Da die «externalisierten» Kosten des wirtschaftlichen Fortschritts letzten Endes in irgendeiner Form – beispielsweise in Form wachsender Steuerlasten für die staatlich-administrative Korrektur der ärgsten Folgeschäden – doch wieder auf die Wirtschaft zurückfallen, verliert der industriegesellschaftliche Fortschritt, wie er bisher verstanden worden ist, selbst nach herkömmlichen ökonomischen Rationalitätsmassstäben immer offensichtlicher seinen Sinn, reicht doch seit etwa zehn Jahren das Wirtschaftswachstum kaum mehr aus, um seine eigenen materiellen Folgekosten zu finanzieren – von den immateriellen Kosten ganz zu schweigen.

Dennoch klammern sich die systemtragenden Eliten, ihre Experten und die Mitläufer beharrlich an das *alte* «*Thema*» des Fortschritts – das Thema eines ökonomischen Systems, das «wachsen» muss, aber offenbar an einer Schwelle angelangt ist, an der es nicht mehr ohne weiteres wachsen kann. Sie hoffen weiterhin auf die Lösung aller sozioökonomischen Probleme auf dem alten, eindimensionalen Fortschrittsgeis der Steigerung des Bruttosozialprodukts. Am Horizont der Jahrtausendwende sehen sie den *superindustriellen Durchbruch* zu einem epochalen Schub stetigen und hohen Wirtschaftswachstums auf der Grundlage neuer, ökologisch sauberer Basistechnologien (Mikroelektronik und Telekommunikation, Bio- und Ökotechnik) herannahen (Robertson 1979, S. 14ff.; Huber 1982, S. 43ff.). Zwar erscheint ein solcher superindustrieller Durchbruch gegen Ende unseres Jahrhunderts in der Tat durchaus möglich und wahrscheinlich. Es stellt sich nur die Frage nach dem lebenspraktischen Sinn eines solchen Durchbruchs, sofern das resultierende Wirtschaftswachstum sich aufgrund seiner überproportional wachsenden «externen Effekte» weitgehend selbst auffrist.

Wachsende Teile der Bevölkerung scheinen sich jedenfalls vom Fortschritt in der superindustriellen Richtung nicht mehr allzu viel Gutes zu versprechen. Sie beginnen sich von den Idealen der industrialistischen Lebensform – verkörpert durch den «american way of life» – abzuwenden und nach einem «anderen» Fortschritt, nach einem *postindustriellen Umbruch* statt dem superindustriellen Durchbruch zu suchen. Der Zeitgeist spricht eine deutliche Sprache: Die weitverbreitete Enttäuschung und Desillusionierung über die lebenspraktischen Folgen des «fortgeschrittenen» industriellen Rationalisierungsprozesses spiegelt sich in neo-konservativen Sehnsüchten nach traditionellen Lebensordnungen, in «grüner»

Radikalopposition gegen die industrialistische Lebensform als solche und in kulturellen Tendenzen zu neuen Formen des Irrationalismus. Mögen in den neuen kulturellen und politischen Bewegungen auch manche sehr fragwürdige Elemente mitschwingen, so sind in sie ihrer Gesamtheit doch wohl als Symptome oder Vorboten eines wahrscheinlich epochalen «Themenwechsels» des sozioökonomischen Rationalisierungsprozesses ernst zu nehmen. Gemeinsam ist den *neuen sozialen Bewegungen*, dass sie sich im Unterschied zu älteren politischen Gegenbewegungen nicht mehr in das herkömmliche politische links/rechts-Schema einordnen lassen: ihr «Thema» ist nicht der Kampf um eine andere Verteilung des durch Wachstum zu schaffenden Wohlstands, sondern die Wiederherstellung oder Verteidigung autonom zu gestaltender lebensweltlicher Freiräume gegen ihre unbegrenzte Durchdringung durch die Funktionsimperative eines wachsenden ökonomischen Systems *und* gegen die Eingriffe eines wachsenden staatlich-administrativen Systems. Sie sprechen also dem industriegesellschaftlichen Rationalisierungsprozess nach bisherigem Verständnis insgesamt die lebenspraktische Vernünftigkeit ab.

Die neuen sozialen Bewegungen sind aber nicht das einzige Anzeichen, dass irgendetwas mit unserer bisherigen Konzeption der ökonomischen Rationalisierungs- und Entwicklungsprobleme nicht mehr stimmt. Bereits wird auch immer deutlicher, dass die bisherigen wirtschaftspolitischen Rezepte der Systemsteuerung, die noch immer nur das alte «Thema» in der Dimension von «mehr Markt» vs. «mehr Staat» variieren, allesamt nicht mehr recht zu greifen scheinen. Stattdessen schieben sie die ungelösten Probleme nur gerade zwischen den gleichermassen versagenden Prinzipien der Marktsteuerung (Liberalismus) und der Staatssteuerung (Interventionismus) hin und her – meistens im Rhythmus von politischen Wahlen (USA, England, Frankreich, BRD). Doch die offenbar unverstandenen Probleme scheinen ihre Verschiebung vom Markt auf den Staat und vom Staat zurück auf den Markt zu überdauern (Habermas 1981c, S. 137).

Es ist zu vermuten, dass zur Erfassung und zur praktischen Bewältigung des angedeuteten sozioökonomischen «Themenwechsels» ein ebenso fundamentaler *Paradigmenwechsel* der Ökonomie erforderlich wird. Gesucht ist ein Paradigma, das die Wiedergewinnung einer ganzheitlichen Perspektive der sozioökonomischen Rationalisierungsproblematik erlaubt, so wie sie sich in der Praxis wirklich stellt. Meine Ausgangsthese ist die: Die herkömmliche politische Ökonomie hat die sozioökonomische Entwicklungs- und Ordnungsproblematik nur eindimensional aus der *Perspektive der Systemsteuerung* betrachtet; will sie den zeitgenössischen sozialökonomischen «Themenwechsel» verstehen und sinnvolle Schlüsse daraus ziehen, so muss sie ihren Gegenstand in Zukunft stets zugleich aus dem «*Blickwinkel der Lebenswelt*» (Habermas 1981) interpretieren. Ihr neues vordringliches «Thema» ist die methodisch disziplinierte Suche nach tragfähigen

Orientierungsmustern für eine lebenspraktisch vernünftige Fortsetzung des ökonomischen Rationalisierungsprozesses (Ulrich 1982).

Machen wir uns also auf die Suche nach der verlorenen ökonomischen Vernunft aus dem Blickwinkel der Lebenswelt. Zunächst gilt es zu diesem Zweck, ein elementares Denkmuster zum ganzheitlichen Verständnis des historischen Rationalisierungs- und Modernisierungsprozesses zu skizzieren.

II. Das Orientierungsmuster :

Zweidimensionale Konzeption des sozioökonomischen Rationalisierungsprozesses

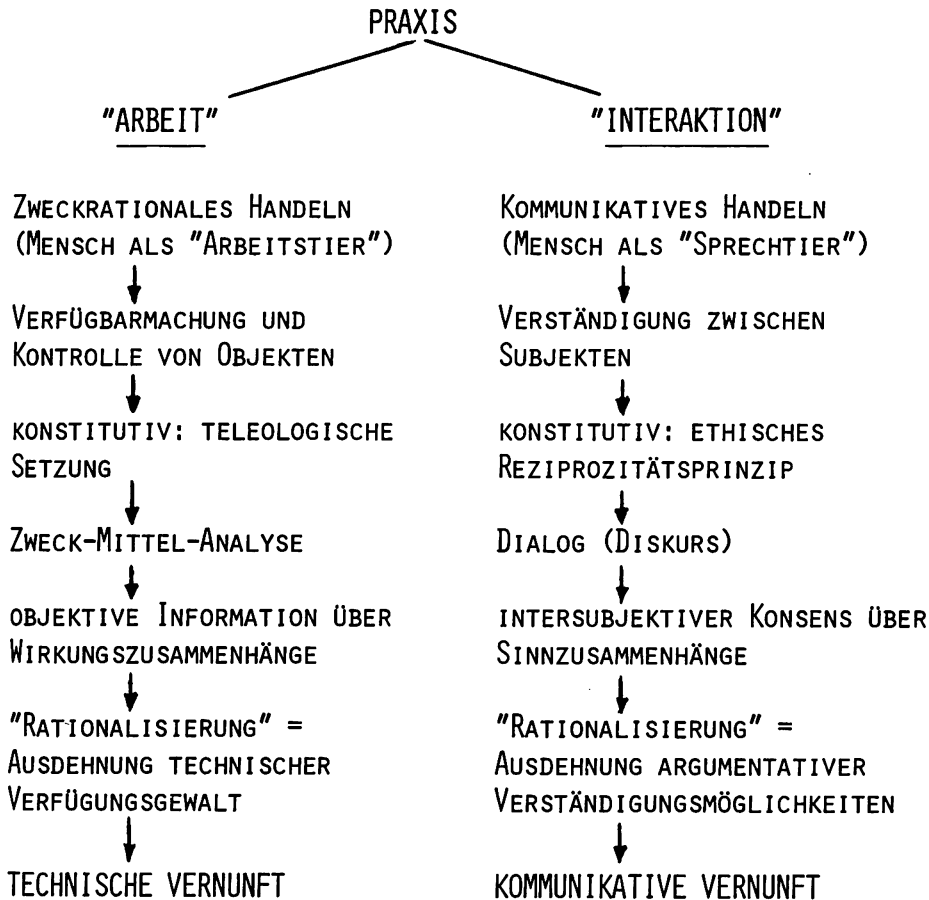
a) Dimensionen lebenspraktischer Vernunft

Mehr Vernunft in seine Lebenspraxis zu bringen, ist eine kulturelle Aufgabe, die dem Menschen seit seinem gattungsgeschichtlichen Ursprung von Natur aus gestellt ist. Der Mensch ist – anthropologisch betrachtet – wegen seiner geringen Instinktfixierung von Natur aus existentiell auf die Kultivierung seiner Vernunftbegabung angewiesen. Die gesamte Kulturgeschichte der Menschheit kann daher als historischer Rationalisierungsprozess betrachtet werden, der das fortgesetzte Bemühen der Menschen widerspiegelt, ihre Lebensqualität durch die rationale Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Praxis zu erhöhen.

Als erster hat Max Weber den gesellschaftlichen Evolutionsprozess konsequent als Rationalisierungsprozess interpretiert. Allerdings ist dieser Prozess in Webers Tradition bis hin zu Herbert Marcuse (1967) und Talcott Parsons (1975) zunehmend «eindimensional» als Prozess der Komplexitätssteigerung und technischen Rationalisierung der Gesellschaft gedeutet worden. Der überhandnehmende technische Rationalismus, der die moderne Industriegesellschaft kennzeichnet, spiegelt sich noch in den theoretischen Paradigmen zu ihrer Erklärung, ja sogar im vorherrschenden Menschenbild. Die Theoretiker reduzierten den Menschen fast durchgängig auf den «eindimensionalen» *homo faber*, das technisch rationale *Arbeits-tier*. Am extremsten überhöht hat dieses Menschenbild übrigens Karl Marx (1969, S. 21) mit seinem Konzept des Menschen, der sich mit der Produktion seiner Lebensmittel selbst produziert.

Nun ist wohl klar, dass die zeitgenössische Problematik des sozioökonomischen Rationalisierungsprozesses nicht hinreichend verstanden werden kann, wenn der Analyse selbst noch ein zeittypisch verkürzter Rationalisierungsbegriff zugrunde liegt. Allein eine umfassende Rekonstruktion des historischen Rationalisierungsprozesses, die mit der anthropologischen Erneuerung des Menschenbilds ansetzt, kann das verschüttete lebenspraktische Rationalisierungspotential und seinen humanen Sinn deutlich machen. Grundlegend ist zunächst die anthropologische Einsicht, dass der Mensch viel mehr noch als ein *Arbeits-tier* ein «*Sprech-tier*» ist, ein

ABBILDUNG 1: DIMENSIONEN LEBENSPrAKTISCHER VERNUNFT



Wesen also, das sich mit seinesgleichen verständigen kann (Morin 1974, Mumford 1977). Der kulturgeschichtliche Rationalisierungsprozess verläuft von Anfang an in zwei elementaren Dimensionen menschlicher Lebenspraxis, deren Rationalisierung je etwas gänzlich Verschiedenes bedeutet (*Abbildung 1*): in der Dimension der *Arbeit* und in der Dimension der sozialen *Interaktion* (Habermas 1968, S. 9ff., 48ff.).

In der Praxisdimension der Arbeit hat sich die *technische Vernunft* des Menschen entfaltet. Konstitutives Element ist die «*teleologische Setzung*» (Lukàcs 1973, S. 13) bezüglich eines Objekts, das zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse verfügbar

gemacht werden soll: Indem der arbeitende Mensch das geplante Ergebnis seiner Anstrengung – den Zweck seines Tuns – gedanklich antizipiert, erlernt er das zweckrationale Denken (Zweck-Mittel-Analyse). «Rationalisierung» meint in der technischen Dimension letztlich nichts anderes als die *Ausdehnung der Kontrolle oder Verfügungsgewalt* über Objekte.

In der Praxisdimension der sozialen Interaktion hat sich die *kommunikative Vernunft* des Menschen entfaltet, also die Fähigkeit zur sprachlichen Verständigung zwischen mündigen (münd-igen!) Subjekten, zur intersubjektiven Konsensbildung über Sinnzusammenhänge. Konstitutives Element rationaler Kommunikation ist das *Reziprozitätsprinzip*, das heisst die gegenseitige Anerkennung der Gesprächspartner als mündiger Subjekte. Kommunikative Vernunft ist insofern nicht abzulösen von eben dieser Grundnorm *kommunikativer Ethik* (Habermas 1971, Apel 1976). Doch eine interpersonale Kommunikationskultur ist keine hinreichende Voraussetzung rationaler Konsensfindung. Notwendig ist darüber hinaus eine strukturelle «*Entschränkung*» von *Kommunikation* auf der Ebene der gesellschaftlichen Institutionen (Habermas 1968, S. 98). «Rationalisierung» in der kommunikativen Dimension meint in diesem umfassenden Sinn die *Ausdehnung argumentativer Verständigungsmöglichkeiten* unter den Menschen zur vernünftigen und friedlichen (statt gewaltsamen) Regelung ihres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Offensichtlich besteht nun zwischen dem technologischen «Rationalismus der Weltbeherrschung» (Schluchter 1980) und der kommunikativ-ethischen «Rationalität der Freiheit» ein Spannungsverhältnis. Werden die Methoden der technischen Rationalisierung, die der technischen Verfügbarmachung von *Objekten* dienen, auf die Gestaltung sozialer Beziehungen überdehnt, so entsteht *Sozialtechnologie*. Anstatt dass die zwischenmenschliche Interaktion in der ihr angemessenen Dimension kommunikativ rationalisiert würde, zielt die sozialtechnologische Rationalisierung auf die einseitige Kontrolle und Verfügung der einen Subjekte über die andern. Die betroffenen Menschen werden tendenziell ent-münd-igt und verdinglicht. In dieser fundamentalen Konfusion zwischen technischer und kommunikativer Rationalisierung kann die Wurzel und das allgemeine Definitionsmerkmal *technokratischer* Machtstrukturen gesehen werden. Die zeitgenössische Krise der lebenspraktischen Vernunft hat ganz offensichtlich mit derartigen Tendenzen zu einer überschüssenden technokratischen Rationalisierung der Gesellschaft zu tun. Die Paradoxie des modernen industriegesellschaftlichen Rationalisierungsprozesses scheint – wie schon Max Weber (1963, S. 564ff.) vorausgesehen hat – darin zu liegen, dass die Menschen immer mehr zu Objekten sozialtechnologischer Verfügung statt zu Subjekten freier Kommunikation werden. Modernität im Extrem – das scheint in der Perspektive des zeittypischen eindimensionalen Rationalismus noch immer die totalitäre Technokratie zu sein; deshalb der um sich greifende *Antirationalismus* und Kulturpessimismus.

Gegen den heute vorherrschenden Zeitgeist unverdrossen zur Klärung eines unverkürzten Begriffs von gesellschaftlicher Rationalisierung und Modernisierung angetreten zu sein, ist das herausragende Verdienst von Jürgen Habermas. In seinem neuesten Werk, der «Theorie des kommunikativen Handelns» (1981a/b), hat Habermas eine universalgeschichtliche Heuristik entwickelt, die zum Verständnis der modernen Rationalisierungsdynamik und ihrer technokratischen Entartungserscheinungen Wesentliches leistet. Diese Heuristik basiert auf der Unterscheidung funktionsspezialisierter gesellschaftlicher Subsysteme von der Lebenswelt.

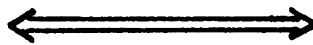
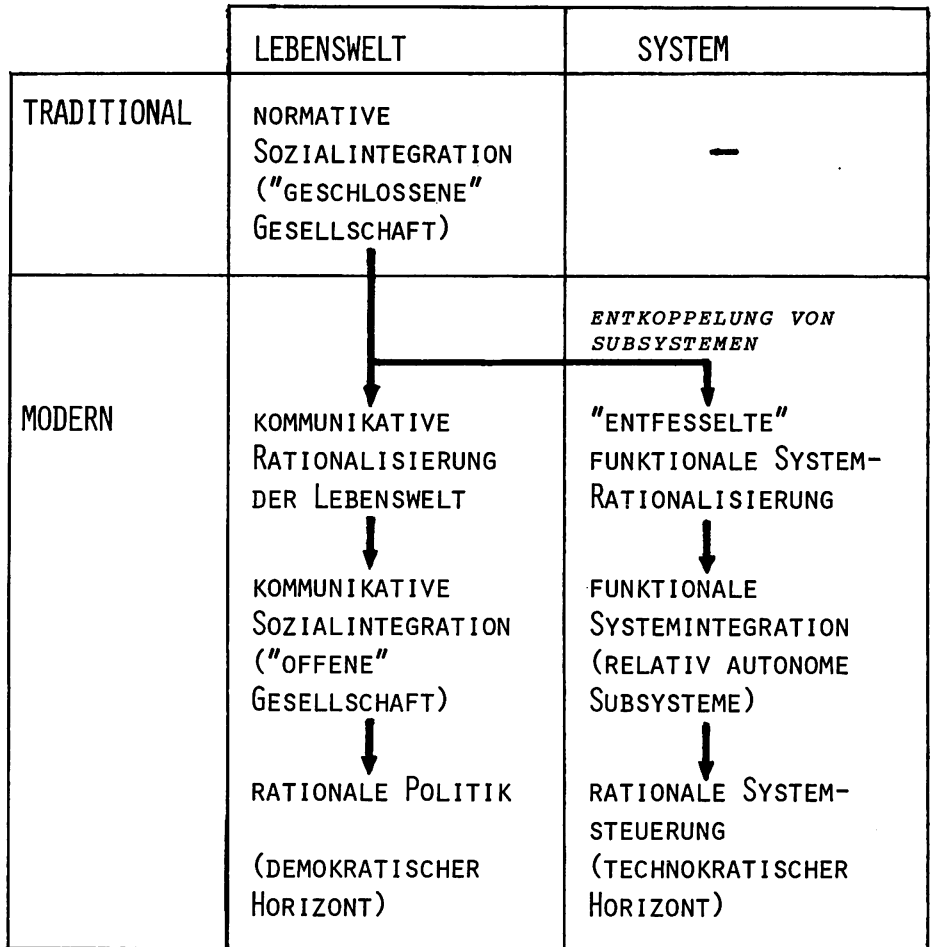
b) Modernisierung als kommunikative Rationalisierung der Lebenswelt

Die *Lebenswelt* ist zu verstehen als die Gesamtheit der privaten und öffentlichen Bereiche des Lebensalltags, die zunächst durch die Normen und die zwischenmenschlichen Interaktionsformen der Tradition geordnet sind. Die *traditionale* Lebenswelt ist gewissermassen angefüllt mit einem nicht zur Disposition stehenden Vorrat an «Hintergrundüberzeugungen», die kulturelle Identität und Handlungsorientierung vermitteln (Habermas 1981b, S. 191).

Die *normative Sozialintegration* durch diese Hintergrundüberzeugungen ist in traditionellen Gesellschaften mehr oder weniger total: sie stellen «geschlossene Gesellschaften» dar. Der normativen Sozialintegration bleibt auch die technische Rationalisierung in der traditionellen Gesellschaft unterstellt. Ein technischer Fortschritt findet zwar durchaus statt, doch die lebensweltlichen Normen definieren in unangreifbarer Absolutheit die Grenzen rein zweckrationalen Handelns und damit technischer Rationalisierung (Habermas 1968, S. 67). Es gibt also in der traditionellen Gesellschaft keine verselbständigten Subsysteme ausserhalb der Geltungsansprüche der normativen Sozialintegration. Die Lebenswelt ist die ganze gesellschaftliche Wirklichkeit. Das ändert sich erstmals an der Schwelle zur *modernen* Gesellschaft (*Abbildung 2*).

Zunächst aber setzt der abendländische Modernisierungsprozess mit der *kommunikativen Rationalisierung der Lebenswelt* ein, das heisst mit jenem umfassenden Prozess der kommunikativen Verflüssigung traditioneller Normen, Weltanschauungen und Lebensformen, den Max Weber (1963) mit der berühmten Formel von der «Entzauberung der Welt» charakterisiert hat. Aus der «geschlossenen» wird eine «*offene Gesellschaft*» (Popper 1958), in der die vorgefundenen Traditionen argumentativ hinterfragt und diskutiert werden dürfen (Religions-, Meinungs- und Pressefreiheit). Normativ zugeschriebenes Einverständnis wird tendenziell durch argumentativ erzielte Verständigung abgelöst. Humanismus, Reformation, Aufklärung und politischer Liberalismus sind wichtige Wegmarken in diesem Prozess moderner gesellschaftlicher Rationalisierung, dessen bedeutendste Errungenschaft wohl in der Verwirklichung *demokratischer Staatsverfassungen* zu sehen ist. In ihnen wird der Idee nach die Grundnorm der vernünftigen Verständigung unter

ABBILDUNG 2: ZWEIDIMENSIONALE MODERNISIERUNG



SPANNUNGSVERHÄLTNIS

mündigen Bürgern – das heisst eben von Bürgern, die ihren Mund vernünftig gebrauchen! – als oberstes und einziges nicht hintergehbare Prinzip politischer Willensbildung institutionalisiert. Die gesellschaftliche Rationalität misst sich letztlich an nichts anderem als an ihrer Fähigkeit zur Rationalisierung der politischen Kommunikation: in einer offenen Gesellschaft mündiger Bürger soll im Prinzip kein anderer Zwang als der «eigentümlich zwanglose Zwang des besseren

Argumentes» herrschen (Habermas 1971, S. 137). Hinter diese regulative Idee rationaler Gesellschaftsordnung kann eine moderne Gesellschaft nicht mehr zurückkehren.

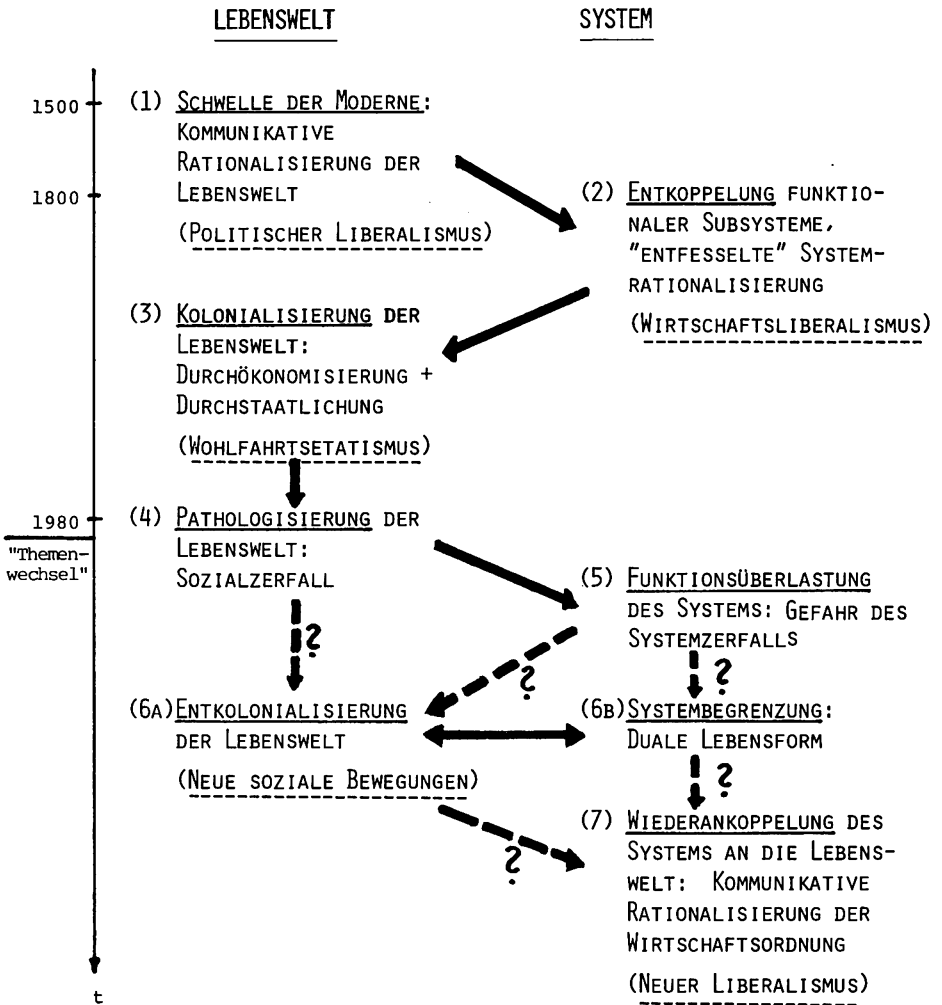
c) *Entkoppelung funktionaler Systeme von der Lebenswelt*

Die fundamentale Ambivalenz des Modernisierungsprozesses liegt nun aber darin, dass er nicht nur das kommunikative Rationalisierungspotential der Lebenswelt, sondern zugleich das technische Rationalisierungspotential aus traditionellen Normen entbindet. Er eröffnet damit die Möglichkeit der schrittweisen *Entkoppelung zweckrationaler Subsysteme* von der lebensweltlichen Kontrolle und ihrer «entfesselten» *technischen Rationalisierung* (Habermas 1981b, S. 229ff.). So löst sich die ökonomische Rationalität strukturell von lebenspraktischer Vernunft.

Die Herauslösung des Wirtschaftssystems aus der lebensweltlich-politischen Kontrolle war nichts anderes als das politische Programm und die historische Leistung des *Wirtschaftsliberalismus*. Ihre relative Autonomie gegenüber den normativen Ansprüchen der Lebenswelt, um die es dem orthodoxen Wirtschaftsliberalismus geht, benötigen hochkomplexe funktionsspezialisierte Systeme wie eine moderne Wirtschaft, um ihre von der Alltagskultur wesentlich verschiedene «*Binnenkultur*» *angestrenzter Funktionsrationalität* ungehindert entfalten zu können. Dabei wird die kommunikative Handlungskoordination, wie sie in der Lebenswelt üblich ist, mehr oder weniger weitgehend durch Mechanismen und Regeln verständigungsfreier Systemsteuerung abgelöst. Im *ökonomischen System* steht dabei der Marktmechanismus im Vordergrund. Im *staatlich-administrativen System*, auf dessen umfangreiche Leistungen das liberale Wirtschaftssystem von Anfang an angewiesen war, erfolgt die Funktionsrationalisierung vor allem über die organisatorische Formalisierung von Entscheidungskompetenzen und -verfahren. Damit sind bereits die beiden wichtigsten gesellschaftlichen Subsysteme mit relativer Autonomie im abendländischen Typus der modernen Gesellschaft genannt. In beiden Subsystemen erlaubte die strukturelle Umstellung von normativer bzw. kommunikativer Sozialintegration auf unpersönliche *funktionale Systemintegration* eine sprunghafte Erhöhung der koordinierbaren organisatorischen Komplexität, wie sie für moderne Gesellschaften unentbehrlich ist.

Mit der fortschreitenden Entlassung des ökonomischen Systems aus den Geltungsansprüchen lebensweltlicher Normen wurde nun aber eine epochale industriegesellschaftliche Entwicklungspolitik ausgelöst, die bis heute scheinbar naturwüchsig und sachzwanghaft mit immer neuen unkontrollierten Funktionsimperativen in unsere Lebenswelt einbricht – neuerdings beispielsweise mit der mikroelektronischen Revolution und ihren unbedachten Folgen. Karl Polanyi (1978), der brillante Wirtschaftsanthropologe und Wirtschaftshistoriker, hat diesen epochalen Vorgang die «*Grosse Transformation*» genannt. Im folgenden sei in

ABBILDUNG 3: DIE "GROSSE TRANSFORMATION"



Anlehnung an Habermas (1981b) versucht, diese «Grosse Transformation» in äusserster Schematisierung aus dem Blickwinkel der Lebenswelt zu skizzieren und darin den Stellenwert des zeitgenössischen sozioökonomischen «Themenwechsels», wie er von den neuen sozialen Bewegungen eingeläutet worden ist, zu bestimmen (Abbildung 3).

d) Kolonialisierung der Lebenswelt

Da das «eigensinnige» Wirtschaftssystem aufgrund seiner eingebauten «Sachzwänge» – in Wirklichkeit sind es nur ideologische «Denkzwänge» – permanent wachsen muss, kehrt sich das Verhältnis zwischen Lebenswelt und System schrittweise um. Das System ist immer weniger funktional für authentische lebensweltliche Bedürfnisse, und die Lebenswelt wird vom übermächtigen System immer mehr für dessen verselbständige Funktionsimperative in Dienst genommen. Diesen Prozess nennt Habermas (1981b, S. 522) einprägsam die «*Kolonialisierung der Lebenswelt*»: die verselbständigten Systemimperative dringen von aussen in die Lebenswelt ein «wie Kolonialherren in eine Stammesgesellschaft» und erzwingen ohne Rücksicht auf kulturelle Traditionen deren Assimilation.

Veranschaulichen wir diese abstrakte These durch einige Beispiele. So *arbeiten* wir zu einem wachsenden Teil gar nicht mehr, um lebenspraktisch wirklich benötigte Produkte zu schaffen, sondern wir produzieren immer mehr, um Arbeit(splätze) zu schaffen (Gorz 1980, S. 130). Und wir *konsumieren* immer mehr, ohne dass dadurch unsere Lebensqualität wesentlich steigt, sondern weil wir bei allem wachsendem *Überfluss des Überflüssigen* eine fortschreitende *Verknappung des lebenspraktisch Wesentlichen* – wie reichlicher Wohnraum, autonome Gestaltungsräume, Selbsterfahrung in Eigenaktivitäten, Geborgenheit, Ruhe, echter Naturgenuss – erleiden. Wir wehren uns notgedrungen mit einer inflationären Steigerung unseres Konsums von *kompensatorischen* oder *defensiven Gütern* und Dienstleistungen zur Verteidigung einstmals selbstverständlicher Merkmale von Lebensqualität. Ivan Illich (1978, S. 23ff.) hat diese fortschreitende Ausweitung unserer objektiven Bedürftigkeit treffend als «*Modernisierung der Armut*» bezeichnet. Darüberhinaus arbeiten wir immer länger und härter, um uns gesellschaftlich absolut knappe, «*positionale Güter*» wie beispielsweise ein Eigenheim oder eine qualifizierte Berufsposition zu verschaffen, wie Fred Hirsch (1980) in seiner bestechenden Analyse der «sozialen Grenzen des Wachstums» gezeigt hat. Doch selbst das Konsumwachstum im Bereich der nicht-positionalen, materiellen Güter drückt keineswegs immer ein reales Wachstum der verfügbaren Gütermenge aus. Zu einem erheblichen Teil spiegelt das Wachstum des Bruttosozialprodukts nur die fortschreitende *Durchökonomisierung* der gesamten Lebenswelt, indem das wirtschaftliche System der Lebenswelt immer mehr ihrer angestammten Funktionen entzieht und sie über immer längere Produktions- und Konsumptionsumwege erfüllt (Binswanger/Geissberger/Ginsburg 1978, S. 148). Symptomatisch dafür ist der säkulare Prozess des *Funktionsverlusts der Familie*, den übrigens schon Max Weber (1972, S. 226ff.) erkannt hat.

Kolonialisierung der Lebenswelt beschränkt sich nicht auf ihre Durchökonomisierung. Der Funktionsverlust der Familie betrifft nämlich nicht nur ökonomische, sondern auch soziale Versorgungs-, Fürsorge- und Vorsorgefunktionen. In die

aufgerissenen Lücken der traditionellen Sozialintegration muss der *Sozialstaat* springen. Wer beispielsweise über zuwenig «Kaufkraft» zum Erwerb der lebensnotwendigen Güter am Markt verfügt, der wird zum «Sozialfall». Neben den sozialen Kosten fallen mit der zunehmenden Durchökonomisierung der Lebenswelt ausserdem stets weitere «externe Effekte» des ökonomischen Systems an, namentlich ökologische und psychische Kosten, die von einem kritischen Punkt an untragbar werden und eine kompensatorische Funktionsausweitung des staatlich-administrativen Systems notwendig machen. *Der totalen Durchökonomisierung der Lebenswelt folgt unweigerlich ihre totale Durchstaatlichung auf dem Fuss.* Der «Fortschritt» des Sozial- und Wohlfahrtsstaates erweist sich so – bei all seinen positiven Errungenschaften – als das weitgehend unvermeidliche Symptom des industrialistischen Wirtschaftswachstums.

Die kompensatorische Funktionsausweitung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates war im wesentlichen das politische Programm der *alten sozialistischen Gegenbewegung* gegen die liberale Ökonomie. Auf der traditionellen ordnungspolitischen Konfliktachse zwischen Liberalismus und Sozialismus bildete sich in den meisten hochindustrialisierten Ländern im Laufe des 20. Jahrhunderts ein tragfähiger *sozialdemokratischer Konsens* heraus (Dahrendorf 1979, S. 147ff.). Aus der «freien Marktwirtschaft» wurde so die «*soziale Marktwirtschaft*», ein komplexes Mischsystem von Marktsteuerung und Staatsinterventionismus, auf dessen Boden das relativ stabile, von demokratischen Mehrheiten gestützte «Wirtschaftswunder» der 50er und 60er Jahre möglich war.

Dass nun aber seit einigen Jahren die Tragfähigkeit dieses sozialdemokratischen Konsens am Ende zu sein scheint, wie Dahrendorf (1979, S. 150) konstatiert, lässt sich auf dem Hintergrund unseres Denkmusters sehr leicht verstehen. Der Sozial- und Wohlfahrtsstaat macht nämlich im Prinzip auch nichts anderes, als ausfallende Elemente der lebensweltlichen Sozialintegration durch Mechanismen funktionaler (administrativer) Systemintegration zu kompensieren. Er setzt so die Kolonialisierung der Lebenswelt durch systematische Funktionszwänge und Abhängigkeiten fort, statt sie abzubauen. Das fundamentale *Rationalitätsdefizit des sozialdemokratischen Programms* besteht darin, dass es die entscheidenden Mängel der Wirtschaftsordnung nicht in der Kolonialisierung der Lebenswelt durch das «entfesselte» System erkannte, sondern die Fehler «eindimensional» *innerhalb* des Systems suchte und bekämpfte. Der Sozialetatismus löst die unverstandenen Probleme nicht ursächlich, sondern verschiebt nur die Symptome der Ohnmacht der Lebenswelt ins staatlich-administrative System, um sie – sarkastisch gesagt – bürokratisch verwalten zu können.

Je mehr aber die Kolonialisierung der Lebenswelt *als Ganzes* zum Problem wird, um so obsoleter wird das konservativ gewordene Programm etatistischer Systemsteuerung und Sozialversorgung, weil es zum neuen vordringlichen «Thema» der Verteidigung oder Wiederherstellung einer gesunden Lebenswelt nichts zu sagen

hat, nicht mehr jedenfalls als der orthodoxe Wirtschaftsliberalismus. In dieser programmatischen Lücke breiten sich heute die neuen politischen Oppositionsbewegungen aus.

e) *Pathologisierung der Lebenswelt*

Der fast explosive Aufbruch der neuen sozialen Bewegungen in praktisch sämtlichen «fortgeschrittenen» Industrieländern und ihre politischen Wahlerfolge hängen offenbar damit zusammen, dass in der Gegenwart Schlag auf Schlag an immer weiteren Punkten eine kritische Schwelle der Kolonialisierung der Lebenswelt erreicht ist, von der an sie das unverzichtbare kulturelle Fundament der modernen Industriegesellschaft zu untergraben beginnen: die Kolonialisierung schlägt um in eine soziokulturelle *Pathologisierung der Lebenswelt* (Habermas 1981b, S. 566ff.). In ihr zeigen sich zunehmend die absoluten Grenzen technokratischer Funktionsrationalität. Diese dringt nämlich auch noch in die innersten lebensweltlichen Bereiche kommunikativer Sozialintegration ein, die jedoch durch ihre schrankenlose Abkoppelung von verständigungsorientierter Interaktion «irgendwie kaputt» gehen, wie auch Habermas (1981c, S. 140) in zeittypischer, durchaus treffender Alltagssprache formuliert. Es handelt sich dabei um kommunikative Kernfunktionen der Lebenswelt, die diese nicht mehr ohne pathologische Folgen für die personale und kulturelle Identitätsentwicklung der Menschen abgeben kann. Denn Kommunikation ist kein gesellschaftlicher «Luxus», sondern existenzielle Voraussetzung zur Entwicklung einer gesunden Persönlichkeit und einer tragfähigen Sozialintegration. Niemand kann seine personale Identität unabhängig von den Identifikationen aufbauen, die andere in kommunikativen Interaktionen mit ihm vornehmen (Habermas 1976, S. 21). Das ist der tiefe Zusammenhang zwischen den Symptomen des Heranwachsens einer «*sprachlosen Generation*», ihren oft schon verzweifelt anmutenden Versuchen der Identitätsfindung in irrationalen Handeln und der beängstigenden Zunahme psychosomatischer Störungen.

Es ist unter Berücksichtigung dieser lebensweltlichen Zusammenhänge kaum zu bestreiten, dass eine ausufernde technokratische Systementwicklung von dieser kritischen Schwelle an mit zunehmenden Phänomenen des *Sozialzerfalls* erkaufte wird. So ist Joseph Hubers (1979a, S. 134) Pointe nicht aus der Luft gegriffen, «dass der soziale Wohlfahrtsstaat mit der Industrialisierung in dem Mass heraufkommt, wie das soziale Gemeinschaftsleben durch eben diese Industrialisierung herunterkommt.» Dabei wird heute immer offensichtlicher, dass der Sozialstaat den Wettlauf mit der industrialistischen Zerstörung der lebensweltlichen Sozialintegration nicht gewinnen kann, weil er nur ihre Symptome lindert und verwaltet, ohne den galoppierenden Ursachen Einhalt zu gebieten. Dass er auf diesem Weg eine gesunde soziale Lebenswelt nicht wiederherstellen kann, ist ebenso gewiss wie der fatale Nebeneffekt, dass er zur schleichenden Aushöhlung der Substanz einer freiheitli-

chen Gesellschaft beiträgt. Hinter dem ausufernden, «scheinheiligen» Sozialstaat lauert der totalitäre «Sozialpolizeistaat» (Huber 1979a, S. 145ff.), der die Bürger *bevormundet*, statt die strukturellen Voraussetzungen ihrer *Mündigkeit* zu gewährleisten. Orwells «1984» ist in der Tat nicht allzu fern.

Die zunehmenden Erscheinungen des pathologischen Sozialzerfalls schlagen sich ausserdem in den überproportional wachsenden Finanzlasten des Sozialetatismus nieder, die mehr und mehr die Leistungskraft des ökonomischen Systems überfordern. Am Ende des eindimensionalen Fortschrittskonzepts des Wirtschaftswachstums droht wohl nicht nur der fortschreitende Sozialzerfall, sondern auch der allmähliche ökonomische *Systemzerfall*, wenn nicht rechtzeitig ein fundamentaler Kurswechsel des Fortschritts realisiert wird.

Wir sollten uns in dieser Situation auch als Ökonomen den von den neuen sozialen Bewegungen thematisierten Schlüsselfragen der Zeit vorurteilsfrei stellen und nach neuen Antworten suchen. Im Kern geht es um die Frage nach dem *Fortschritt, den wir wollen*. Wollen wir wie die neokonservativen Technokraten im bisherigen Fortschrittsgleis fortfahren und weiterhin ein mehr oder weniger bedingungsloses *Systemwachstum* forcieren, ungeachtet seines hohen Preises des unabsehbaren *Sozialzerfalls*? Oder wollen wir wie die rückwärtsgewandten Romantiker in der «grünen» Bewegung die Antithese in die Tat umsetzen, nämlich die ebenso eindimensionale *Lebensweltentwicklung* um den nicht minder hohen Preis des *Systemzerfalls*? Oder lassen sich vielleicht doch differenziertere Fortschrittskonzepte finden, die den unverkürzten Idealen einer modernen Gesellschaft angemessener sind? Und welches sind ihre ordnungspolitischen Konsequenzen?

III. Die Konsequenzen:

Leitideen für die lebenspraktisch vernünftige Fortsetzung des ökonomischen Rationalisierungsprozesses

Um eines gleich klarzustellen: Es wäre m. E. weder machbar noch sinnvoll, den bereits eingeleiteten «superindustriellen Durchbruch» auf der Basis der mikroelektronischen Revolution aufhalten zu wollen. Der technisch-industrielle Fortschritt ist an sich kein kulturelles Übel, sondern eine Chance – vorausgesetzt, wir nutzen ihn zur Verwirklichung vernünftiger, zeitgemässer Lebensformen. Es geht darum, die Systementwicklung so zu lenken und zu kanalisieren, dass sie nicht zum technokratischen Wahnwitz wird, dessen «externe Effekte» letzten Endes zum ökologischen oder soziokulturellen Zusammenbruch führen.

Ein lebenspraktisch sinnvolles, zeitgemässes Fortschrittskonzept wird von der historisch-entwicklungslogischen Einsicht ausgehen müssen, dass es *für eine wirklich moderne Gesellschaft keine «eindimensionale» Totallösung* geben kann. Vielmehr setzt sie funktional durchrationalisierte und entsprechend leistungsfähige Subsysteme

me ebenso voraus wie eine von pathologisierenden Systemzwängen befreite, kommunikativ entschränkte Lebenswelt. Die technokratische Idee der totalen Reduktion von Politik auf funktionsrationale «Systemsteuerung» ist ebenso eindimensional wie der «alternative» Traum von der Rückkehr zum «einfachen Leben auf dem Lande». Die Technokraten sind auf dem lebensweltlichen Auge blind: sie übersehen die unverzichtbaren kommunikativen Kapazitäten einer gesunden Lebenswelt. Den «Alternativen» hingegen ist das Systemauge getrübt: sie verkennen die notwendige funktionale Systemsteuerung einer leistungsfähigen, modernen Wirtschaft und Gesellschaft. In lebenspraktisch vernünftigen Fortschrittskonzepten kommt es darauf an, wieder mit beiden Augen sehen zu lernen.

Gesucht sind also differenzierte Leitideen, die sowohl aus dem «Blickwinkel der Lebenswelt» als auch aus der Perspektive der Systemsteuerung attraktiv sind, die also weder die bisherige Eigendynamik der Systementwicklung gegenüber den authentischen lebensweltlichen Bedürfnissen in Kauf nehmen noch die Funktionsfähigkeit des Systems zerstören. In der gebotenen Kürze möchte ich zwei Leitideen skizzieren, die diesen Anforderungen Rechnung tragen, indem sie einerseits den Kriterien einer vernünftigen Lebensweltentwicklung den strikten Primat vor allen «eigensinnigen» Imperativen der Systementwicklung einräumen und dabei zugleich auf die ursächliche Entlastung des ökonomischen Systems von den ausufernden Kosten eines grenzenlos wachsenden sozialetatistischen Systems zielen:

- a) die Leitidee der «Entkolonialisierung» der Lebenswelt von pathologisierenden Funktionszwängen des ökonomischen *und* des staatlich-administrativen Systems
- b) die Leitidee der Wiederankoppelung des ökonomischen Systems an die Lebenswelt durch die kommunikative Rationalisierung der Wirtschaftsordnung.

a) «Entkolonialisierung» der Lebenswelt

Was in erster Linie not tut, ist die strukturelle Beseitigung all jener sachzwangartigen Entwicklungstendenzen des ökonomischen Systems, die die unverzichtbaren kommunikativen Kapazitäten der Lebenswelt zerstören. Wirtschaftswachstum um den Preis der Pathologisierung der Lebenswelt ist doppelt unvernünftig, weil es am Ende nicht nur mehr kostet als Wohlstand schafft, sondern auch noch die Freiräume der Lebenswelt zerstört. Statt dass das Systemwachstum in Zukunft durch die Durchökonomisierung auch noch der letzten Lebensräume weiter vorangetrieben wird (z. B. Dienstleistungs- und Freizeitökonomie) und der Sozialstaat anschliessend eine kompensatorische Funktionsausweitung zur Linderung der ärgsten Symptome des verursachten Sozialverfalls vollzieht, drängt sich eine schrittweise *Systembegrenzung* zugunsten der *Entfaltung neuer lebensweltlicher Autonomieräume* auf – und zwar eine Begrenzung sowohl des ökonomischen Systems als auch des sozialetatistischen Systems.

Die Konsequenz wäre eine *duale Lebensform*, in der im Prinzip alle arbeitsfähigen Bürger einen beschränkten Teil ihrer Arbeitszeit in einem technisch hochgradig rationalisierten Systemsektor und den andern Teil mit autonomer Tätigkeit in der Lebenswelt verbringen (Gorz 1980, S. 82ff., Robertson 1979, S. 47ff., Huber 1979b). Reduzierte Fremdarbeit (Lohnarbeit) im System, erweiterte Eigenaktivität und Selbstversorgung – das wäre das Motto. Die Grundidee kann als das *Prinzip der Subsidiarität des Systems gegenüber der Lebenswelt* bezeichnet werden: was ebenso gut und ebenso effizient in Eigenarbeit geleistet statt über den Markt erworben werden kann, soll auch in Eigenarbeit gemacht werden *können* von jenen, die das möchten. Das System sollte sich auf Leistungen konzentrieren, die es tatsächlich unvergleichlich effizienter erbringen kann als der «informelle Sektor». Das ermöglicht auf der einen Seite eine konsequente technische Durchrationalisierung des ökonomischen Systems und auf der anderen Seite eine gesunde Lebenswelt, die die Versagungen und Frustrationen der zeitlich limitierten Arbeit im System mühelos verkraften kann, was über die resultierende ursächliche Begrenzung der Soziallasten und damit des sozietatistischen Systems wiederum auch dem ökonomischen System zugute kommt. Wesentlich aber ist, dass eine sozialpolitisch vertretbare Einschränkung des Sozialstaats mit der Bekämpfung der sozialpathologisierenden Ursachen im ökonomischen System beginnen muss, indem die arbeitsfähigen Menschen aus ihrer strukturellen Passivität und Verantwortungslosigkeit wenigstens partiell herausgeführt werden in zeitgemässe Formen selbstverantwortlicher Eigenarbeit.

Nicht zuletzt ist eine solche *duale Lebensform in einer sozial homogenen Gesellschaft* die vernünftiger Alternative zur sonst drohenden *sozial gespaltenen Doppelwirtschaft* (Huber 1980, S. 33ff.), wie sie in den unter- und fehlentwickelten Ländern der Dritten Welt längst bekannt ist. Im Prinzip gleichgelagerte Verhältnisse würden sich bei Beibehaltung der bisherigen industrialistischen Lebensform auch in den hochentwickelten Ländern wieder einstellen, da die fortschreitende Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen auf die Dauer kaum durch Wirtschaftswachstum kompensiert werden könnte. Nur eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung nach Massgabe jenes Produktivitätsfortschritts, der durch keine wünschbare Form des Systemwachstums absorbiert wird, könnte eine schleichende soziale Spaltung verhindern zwischen einer schrumpfenden, privilegierten Gruppe von «*Insidern*» des Systems, die (bis zum Herzinfarkt oder andern Verschleisserscheinungen) hart arbeitet und viel verdient, und einer wachsenden Masse von «*Outsidern*», für die es im System keine Arbeit mehr gibt und die sich daher sozial marginalisiert und materiell unterprivilegiert auf subsistenzwirtschaftlichem Niveau durchschlägt. Diese Variante des industriegesellschaftlichen «Fortschritts» ist nicht nur sozialethisch inakzeptabel, sie ist auch volkswirtschaftlich absurd, kommt doch der Unterhalt der Arbeitslosen die Minderheit der Erwerbstätigen am Ende teurer zu stehen als die Alternative «weniger arbeiten – besser leben»,

ohne dass sie aber durch den Gewinn frei verfügbarer Lebenszeit entschädigt werden. Demgegenüber erlaubt die duale Lebensform mit einem hochproduktiven Wirtschaftssystem den bisher total Involvierten die Verwirklichung ihres heimlichen Traums, nämlich das *partielle «Aussteigen»* zugunsten vermehrter autonomer Tätigkeit, und den bisher Freigesetzten, die an ihrer gesellschaftlichen Funktionslosigkeit und Deklassierung leiden, das *partielle «Einsteigen»*.

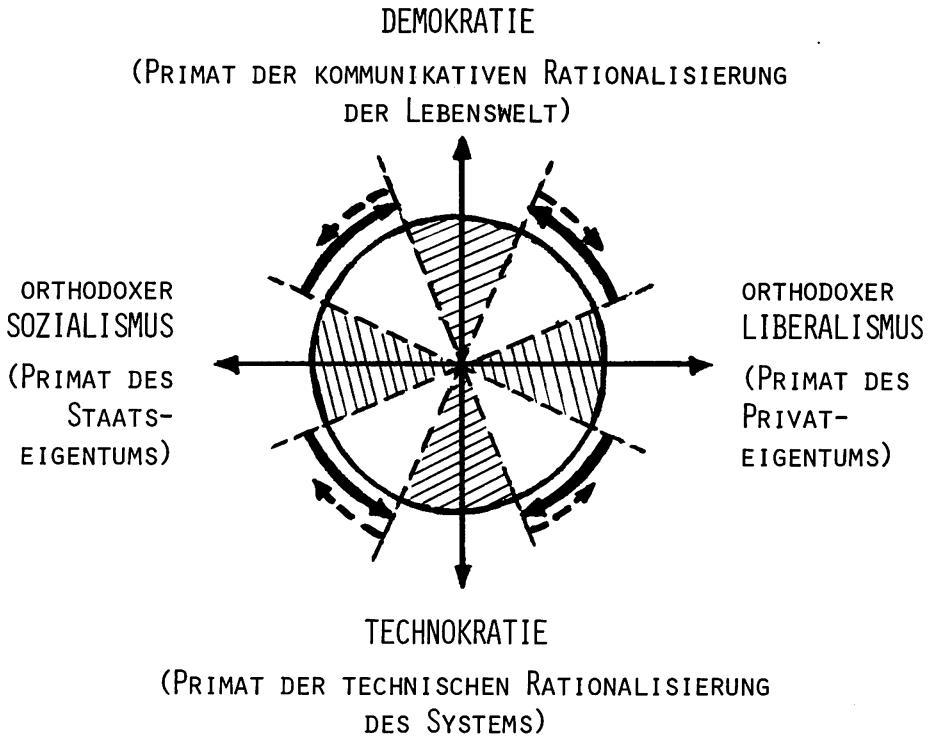
b) *Kommunikative Rationalisierung der Wirtschaftsordnung*

Die herkömmliche ordnungspolitische Debatte betrachtet die Wirtschaftsordnung nur aus der *Perspektive der Systemsteuerung*. Zur Diskussion steht in ihr ausschliesslich die Optimierung der technischen Funktionsrationalität des Wirtschaftssystems, allenfalls noch unter Berücksichtigung von verteilungspolitischen Aspekten. Während die Liberalen diese Funktionsoptimierung primär von der «unsichtbaren Hand» des Marktes (Adam Smith) erwarten, wollen sie die Sozialisten primär mit der sehr wohl sichtbaren «öffentlichen Hand» des Interventionsstaates erreichen. Die Frage nach den strukturellen Bedingungen einer aus *lebenspraktischer Sicht* vernünftigen Wirtschaftsordnung konnte so bisher gar nicht ins Blickfeld der Ordnungspolitiker geraten. Es hat also paradigmatische Gründe, dass Theoretiker wie Praktiker der Ordnungspolitik den neuen sozioökonomischen Herausforderungen bisher weitgehend bezugslos und ratlos gegenüberstehen.

Diese neuen Herausforderungen betreffen durchwegs weniger die innere Funktionsrationalität des Wirtschaftssystems als vielmehr die Nahtstellen zwischen System und Lebenswelt (Habermas 1981b, S. 581). Die neue ordnungspolitische Schlüsselfrage aus dem Blickwinkel der Lebenswelt ist die nach den strukturellen Voraussetzungen für die *Wiederankopplung des ökonomischen Systems an rationale Formen politisch-ökonomischer Willensbildung* über die wünschbare Systementwicklung. Rationale Politik aber ist nicht anders zu denken denn als rationale öffentliche Kommunikation. Eine im unverkürzten Sinn moderne Wirtschaftsordnung kann von keiner anderen obersten Leitidee ausgehen als der, die politisch relevanten Entscheidungsprozesse über die wünschbare Systementwicklung so weitgehend wie möglich kommunikativ zu «entschränken», eben öffentlich und demokratisch zu gestalten. Jeder Versuch, die unverzichtbare kommunikative Rationalität einer modernen Wirtschaftsordnung vollständig durch Mechanismen mit endogener technischer Rationalität zu ersetzen – sei es «Marktrationalität» oder bürokratische «Planrationalität» – erweist sich von da her als technokratische Illusion (vgl. Ulrich 1980).

Die alte ordnungspolitische Grundfrage, ob der Primat der Systemsteuerung dem Privateigentum und der Marktkoordination (Liberalismus) oder aber dem Staatseigentum und der Plankoordination (Sozialismus) zu geben sei, verblasst angesichts der neuen sozioökonomischen Herausforderungen immer mehr neben der dazu

ABBILDUNG 4: DER ORDNUNGSPOLITISCHE "THEMENWECHSEL"



quer liegenden Grundfrage aus dem Blickwinkel der Lebenswelt: Wählen wir die *Technokratie*, die den Primat der technischen Systemrationalisierung einräumt, oder wählen wir die *Demokratie*, in der der Primat der kommunikativen Rationalisierung der Lebenswelt unter Einschluss der Wirtschaftspolitik auf allen Systemebenen zukommt? (*Abbildung 4*). Dieses neue ordnungspolitische Grundthema ist unterschwellig längst in fast allen politischen Parteien wirksam. Es erklärt zu einem wesentlichen Teil die sich auffallend häufenden Spaltungstendenzen in jeweils einen technokratischen und einem radikaldemokratischen Flügel sowohl in sozialistischen als auch in liberalistischen Parteien («Eurokommunismus», «Selbstverwaltungs-» und «Ökosozialismus», «neuer Liberalismus»). Wir scheinen uns in der politischen Praxis rasch Zeiten zu nähern, in denen sich manche Zeitgenossen – ob

sie sich nun «Konservative», «Liberales», «Sozialisten» oder «Grüne» nennen – erst einmal klar zwischen demokratischen und technokratischen Präferenzen zu entscheiden haben.

Auf dem Hintergrund unserer Zeitdiagnose kann weder das Verständnis der neuen Alternative noch die grundsätzliche Antwort schwer fallen: *In einer freien Gesellschaft mündiger Bürger soll nicht das System die Lebenswelt kontrollieren (Technokratie), sondern die lebensweltliche Kommunikationsgemeinschaft das System (Demokratie)*. Dieses oberste Kriterium einer wahrhaftig modernen Wirtschaftsordnung kann in Anlehnung an Karl-Otto Apel (1976) als das (rational nicht mehr hintergehbare) *Apriori der politisch-ökonomischen Kommunikationsgemeinschaft* bezeichnet werden.

Gewiss ist diese Leitidee zunächst reichlich abstrakt. Wird sie aber bei der Entwicklung pragmatischer Ordnungskonzepte wirklich ernst genommen, so erweisen sich ihre Konsequenzen – sorgfältig zu Ende gedacht – als überraschend konkret und präzise bestimmbar. Die entsprechenden Argumentationsgänge sind allerdings sehr voraussetzungsreich, das heisst sie erfordern eine intensive Auseinandersetzung mit den historisch gewachsenen Institutionen, bei der es um die kritische Rekonstruktion struktureller Beschränkungen der politisch-ökonomischen Kommunikation geht. Daraus ergeben sich dann die fundamentalen Ansatzpunkte einer «offenen», kommunikativ entschränkten Wirtschaftsordnung. Ich muss hier auf die ausführlichen Überlegungen an anderer Stelle (Ulrich 1982, Teil III) verweisen und mich hier auf wenige Stichworte beschränken.

Die klassische Rechtskategorie, unter der soziale Kommunikationsmöglichkeiten zwischen wirtschaftlichen Handlungsträgern und Handlungsbetroffenen beschränkt und «geschlossen» werden, ist – wie wiederum schon Max Weber (1972, S. 23) klar gesehen hat – das *Eigentum*. Eigentum ist Verfügungsrecht: «Wer Eigentümer einer Sache ist, kann in den Schranken der Rechtsordnung über sie nach seinem Belieben verfügen.» (Art. 641 ZGB). Auch eine egalitäre Eigentumsverteilung ändert nichts daran, dass über die Verwendung eines spezifischen Eigentums alle betroffenen Nichteigentümer – seien sie selbst Eigentümer anderer Güter oder nicht – auf eigentumsrechtlicher Basis nichts zu sagen haben. Solange es um wirklich privates Handeln geht, von dem kein dritter Betroffen ist, mag ein derartiges Verfügungsrecht problemlos sein. Grössere Unternehmungen beispielsweise sind dagegen faktisch *quasi-öffentliche Institutionen* (Ulrich 1977), über die zwar als formalrechtliches «Privateigentum» privat verfügt werden kann, deren Handlungswirkungen jedoch von mehr oder weniger hoher öffentlicher Relevanz sind. Es liegt eine *privatistische Fehlschaltung* dieses Eigentums vor (Huber 1978, S. 183f.).

Die orthodoxen Sozialisten wollten diese Fehlschaltung durch die Verstaatlichung des Produktiveigentums beseitigen, gerieten dabei aber vom Regen in die Traufe. Denn mit der Verstaatlichung werden die kommunikationsbeschränkenden

Verfügungsprivilegien nicht etwa aufgehoben, sondern nur vom ökonomischen System ins staatlich-administrative System verschoben. Das Eigentum bleibt weiterhin «unantastbar» für alle lebensweltlich betroffenen Nichteigentümer. Es liegt eine *etatistische Fehlschaltung* des Eigentums vor.

Der Primat einer kommunikativ eingeschränkten Verständigungsordnung vor jeder Verfügungsordnung kann nur durch die *Neutralisierung* des quasi-öffentlichen Eigentums realisiert werden. Neutralisiert sind die Eigentumsverhältnisse eben dann, wenn sie keinen Einfluss mehr auf die politisch-ökonomischen Verständigungsverhältnisse haben. Die Kapitalneutralisierung ermöglicht zunächst einmal die *eigentumsrechtliche Entschränkung der unternehmungspolitischen Verständigungsordnung* und schafft damit überhaupt erst die Grundlage, auf der eine funktionsrationale Verfügungsordnung über das System demokratisch bestimmt und kontrolliert werden kann.

Die Neutralisierung des quasi-öffentlichen Unternehmenskapitals, die im übrigen die Beibehaltung, ja Förderung privater Klein- und Pionierunternehmen keinesfalls ausschliesst, erweist sich darüber hinaus, wie sich im einzelnen zeigen liesse, als der Schlüssel zur Durchbrechung der ungebrochenen Tendenz zur Selbstauflösung der Marktwirtschaft auf dem Wege der Kapitalverschachtelung und Kapitalkonzentration. Sie beseitigt nicht etwa die Marktkonkurrenz, sondern sie stärkt sie. Dass heute noch die Konkurrenz durch die Bildung immer gigantischerer «privater» wirtschaftlicher Herrschaftsimperien ausgeschaltet werden kann, ist nur das Symptom dafür, dass unsere anachronistische Eigentumskonzeption auf dem traditionellen, *feudalen* Niveau der Personenbindung stehen geblieben ist: Das Eigentumsrecht hat die Entkopplung des Wirtschaftssystems von der Lebenswelt überhaupt noch nicht nachvollzogen. Im personengebundenen Eigentum an faktisch institutionsgebundenem Unternehmenskapital kommt nichts anderes als eine historisch bedingte *eigentumsrechtliche Konfusion zwischen Lebenswelt und System* zum Ausdruck (Ulrich 1982, Kap. 72). Die Neutralisierung der «privaten» Verfügungsrechte von Eigentümern über quasi-öffentliches Unternehmenskapital führt insofern nichts anderes als das unvollendete Programm des Wirtschaftsliberalismus zu Ende!

Wem das alles zu radikal klingt, der sollte sich bewusst bleiben, dass die realen Entwicklungstendenzen unserer Wirtschaftsordnung selbst radikal sind. *Ein Prozess der faktischen Neutralisierung gesellschaftlich relevanten Eigentums ist längst im Gang* – die Frage ist schon lange nicht mehr, *ob* eine Kapitalneutralisierung stattfinden soll oder nicht, sondern nur noch *wie*: technokratisch oder demokratisch (Huber 1978, S. 187). Die faktische Aushöhlung des ideologisch so hochgehaltenen Privateigentums, die seit langem zu beobachten ist, hat systematische Gründe:

- Einerseits erzwingt die fortschreitende Komplexitätssteigerung der Systemsteuerung die Professionalisierung des Managements und damit die *Trennung von*

Eigentum und Verfügungsmacht (Managerialismus). Die «eigensinnige» Rationalisierungsdynamik des «entfesselten» Systems koppelt ironischerweise am Ende auch noch die Eigentümer von der faktischen Kontrolle über das Unternehmen ab.

- Andererseits erzwingen die überproportional zunehmenden, teilweise untragbar werdenden «externen Effekte» der Systementwicklung auf die Lebenswelt die fortschreitende *interventionstaatliche Durchbrechung der eigentumsrechtlichen Verfügungsordnung* zum Schutze der betroffenen Nichteigentümer (Arbeitnehmer, Konsumenten, Öffentlichkeit) und der natürlichen Umwelt.

Die angedeuteten Überlegungen liessen sich noch ein gutes Stück weiter konkretisieren, auch wenn es sich stets nur um regulative Ideen und keineswegs schon um pragmatische Gestaltungsrezepte handeln kann. Sie dürften allerdings genügen, um die praktische Relevanz des neuen ordnungspolitischen «Themas» aus dem Blickwinkel der Lebenswelt einsichtig zu machen. Die orthodoxe Alternative zwischen privater und etatistischer Verfügung über die Unternehmen ist nicht mehr die kapitale Dimension der «Kapitalfrage». Die neue zentrale Frage ist vielmehr, ob wir die faktischen Entwicklungstendenzen in Richtung einer technokratischen Kapitalneutralisierung so weiterlaufen lassen wollen – rückgängig zu machen ist sie aus den erwähnten funktionalen Gründen jedenfalls nicht –, oder ob wir sie eigentumsrechtlich nachvollziehen und demokratisch zu Ende bringen wollen, um so die Wiederankoppelung der Systementwicklung an rationale Politik zu ermöglichen.

Meinerseits plädiere ich für den Weg eines *neuen Liberalismus*: eines unverkürzten Liberalismus, dem es nicht mehr einäugig um die Freiheit des ökonomischen Systems vor traditioneller feudalgesellschaftlicher Kontrolle – das liberale Thema des 18. Jahrhunderts – geht, sondern um das heute vordringliche Thema der Freiheit der Lebenswelt vor technokratischen Systemzwängen aller Art – ökonomischen ebenso wie staatsbürokratischen.

Dahrendorf (1980, S. 26) dürfte am Ende in der Tat recht behalten: «Die Geschichte schreitet voran, indem sie das Thema wechselt . . .» Passen wir als Ökonomen auf, dass wir den zeitgenössischen Themenwechsel der sozioökonomischen Wirklichkeit, die wir mitgestalten, nicht verpassen!

Literatur

- Apel, K.-O.*: Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik, in: ders., Transformation der Philosophie, Bd. 2, Frankfurt 1976, S. 358–435.
- Binswanger, H./Geissberger, W./Ginsburg, Th. (Hrsg.)*: Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlfahrtsfalle, Frankfurt 1978.
- Dahrendorf, R.*: Lebenschancen, Frankfurt 1979.
- Dahrendorf, R.*: Die neue Freiheit, Frankfurt 1980.
- Gorz, A.*: Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt 1980.
- Habermas, J.*: Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie‘, Frankfurt 1968.
- Habermas, J.*: Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz, in: Habermas, J./Luhmann, N.: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie – Was leistet die Systemforschung?, Frankfurt 1971, S. 101–141.
- Habermas, J.*: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt 1976.
- Habermas, J.*: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bände, Frankfurt 1981 (1981a/b).
- Habermas, J.*: Dialektik der Rationalisierung. Gespräch mit A. Honneth, E. Knödler-Bunte und A. Widmann, in: Ästhetik und Kommunikation Nr. 45/46, 12. Jg. (1981c), S. 126–155.
- Hirsch, F.*: Die sozialen Grenzen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise, Hamburg 1980 (Cambridge, Mass. 1976).
- Huber, J.*: Kapital-Neutralisierung und Demokratisierung der Verfügung, in: Huber, J./Kosta, J. (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion, Köln/Frankfurt 1978, S. 177–192.
- Huber, J.*: Zwischen Supermarkt und Sozialstaat: Die neue Abhängigkeit des Bürgers, in: Illich, I., u. a.: Entmündigung durch Experten, Hamburg 1979, S. 129–155 (1979a).
- Huber, J. (Hrsg.)*: Anders arbeiten – anders wirtschaften, Frankfurt 1979 (1979b).
- Huber, J.*: Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin 1980.
- Huber, J.*: Die verlorene Unschuld der Ökologie, Frankfurt 1982.
- Illich, I.*: Fortschrittsmythen, Hamburg 1978.
- Lukacs, G.*: Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins – Die Arbeit, Neuwied/Darmstadt 1973.
- Marcuse, H.*: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Darmstadt/Neuwied 1967.
- Marx, K./Engels, F.*: Die deutsche Ideologie, Marx Engels Werke Bd. 3, Berlin 1969.
- Morin, E.*: Das Rätsel des Humanen. Grundfragen einer neuen Anthropologie, München/Zürich 1974 (Le paradigme perdu: La nature humaine, Paris 1973).
- Mumford, L.*: Mythos der Maschine. Kultur, Technik und Macht, Frankfurt 1977.
- Parsons, T.*: Gesellschaften. Evolutionäre und komparative Perspektiven, Frankfurt 1975 (New Jersey 1966).
- Polanyi, K.*: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt 1978 (engl. 1944).
- Popper, K.*: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bände, Bern 1958.
- Robertson, J.*: Die lebenswerte Alternative. Wegweiser für eine andere Zukunft, Frankfurt 1979 (The Sane Alternative, London 1978).
- Schluchter, W.*: Rationalismus der Weltbeherrschung. Studien zu Max Weber, Frankfurt 1980.
- Ulrich, P.*: Die Grossunternehmung als quasi-öffentliche Institution. Eine politische Theorie der Unternehmung, Stuttgart 1977.
- Ulrich, P.*: Unternehmungsverfassung, Wirtschaftsordnung und praktische Vernunft, in: Die Unternehmung 34 (1980), S. 25–57.
- Ulrich, P.*: Transformation der ökonomischen Vernunft, unveröff. Buch-Ms. 1982 (erscheint im Verlag Paul Haupt Bern/Stuttgart 1984).
- Weber, M.*: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, I. Band, 5. Aufl., Tübingen 1963.
- Weber, M.*: Wirtschaft und Gesellschaft, 5. Aufl. (Studienausgabe), Tübingen 1972.

Zusammenfassung

Sozialökonomische Entwicklungsperspektiven aus dem Blickwinkel der Lebenswelt

Gegenwärtig scheint ein fundamentaler «Themenwechsel» der politisch-ökonomischen Diskussion in Gang zu kommen, der die herkömmlichen, gleichermassen versagenden Alternativen der Ordnungs- und der Wachstumspolitik sprengt. Auf dem Hintergrund eines zweidimensionalen Entwicklungsmusters des historischen Rationalisierungs- und Modernisierungsprozesses, das von der Wechselwirkung zwischen dem ökonomischen System und der sozialen Lebenswelt ausgeht, wird eine Rekonstruktion der sozialökonomischen Fortschritts- und Ordnungsproblematik aus dem Blickwinkel der Lebenswelt versucht. Dabei lassen sich aktuelle ökonomische und gesellschaftliche Herausforderungen sowie politische Gegenbewegungen gegen das bisherige industriegesellschaftliche Fortschrittsverständnis in neuem Licht interpretieren und regulative Ideen für die lebenspraktisch vernünftige Fortsetzung des ökonomischen Rationalisierungsprozesses gewinnen.

Summary

Prospects of socio-economic development from a life-practical point of view

In our time a fundamental «change of topic» of political-economic discussion seems to be going on, which will lead beyond the scope of conventional alternatives of socio-economic order and growth policies. On the background of a two-dimensional paradigm of the historical process of rationalization and modernization, a reconstruction of socio-economic problems from a life-practical point of view is tried. As a result, present-day economic and social challenges as well as the new social counter-movements against former conceptions of industrial progress are interpreted in a different light, and regulative ideas for a life-practically resonable continuation of the economic process of rationalization can be obtained.